Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 88 | Dresden, Sonnabend den 12. April 1924 | 35. Jahrg.

Die Repko für das Gutachten

Einladung der Reichsregierung zur mündlichen Aeußerung

Paris, 11. April. (Eig. Drahtb.) Die Reparationskommission hat am Freitagnachmittag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie zum Ausdruck bringt, daß **die Berichte der Sachverständigen eine praktische Grundlage bilden zur schnellen Lösung des Reparationsproblems.** Die Kommission ist deshalb geneigt, jetzt schon im Rahmen ihrer Befugnisse **die Schlußfolgerungen der Sachverständigen zu billigen** und die von ihnen vorgeschlagenen Methoden anzuwenden. Um die Durchführung des Programms der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission, den in Frage kommenden Regierungen **die Schlußfolgerungen der Sachverständigenberichte zur Annahme zu empfehlen.** Dagegen sieht sich die Reparationskommission genötigt, mit ihrer Zustimmung und ihrer Initiative zurückzuhalten, **bis die deutsche Regierung sich zur Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen bereit erklärt hat.** Zu diesem Zweck wird die Reparationskommission Vertreter **der deutschen Regierung am 17. April anhören,** sofern nicht die deutsche Regierung es vorzieht, eine schriftliche Antwort zu geben.

*

Diese einstimmig gefaßte Resolution der Reparationskommission läßt den Schluß zu, daß die vier Vertreter der an der Repko beteiligten Länder (Frankreich, England, Belgien, Italien) sich vorher mit ihren Regierungen ins Benehmen gesetzt und ihre Zustimmung im Einverständnis mit ihren Regierungen erklärten. So kann man annehmen, daß die Maßnahmen, die das Gutachten vorschlägt, auch durchgeführt werden sollen — falls die deutsche Regierung keine Einwendungen erhebt. Die ganzen Vorgänge bezeugen, daß diesmal der Versuch, zu einer Verständigung zu kommen, ernsthaft gemacht werden soll. Ob die Lasten, die Deutschland auferlegt werden sollen, für Deutschland tragbar sind, wird in den Ententekreisen nicht gründlich behandelt. Man glaubt, die Verknüpfungen der Lasten mit der deutschen Wirtschaft und Arbeit werden die Goldberge schon hervorzaubern. Ob der Anhörung der deutschen Vertreter vor der Repko Bedeutung zukommen wird, bleibt abzuwarten.

*

Die Reichsregierung berät

Amtlich wird uns mitgeteilt:

Das Reichskabinett trat am Freitag nachmittag in Beratungen ein über die Sachverständigengutachten und nahm dabei Vorträge über die einzelnen Teile der Berichte entgegen. Das Kabinett beschloß, die Vorarbeiten zur Durchprüfung aller Einzelheiten der Gutachten mit größter Beschleunigung fortzusetzen. Am Montag soll eine gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit den Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Länder stattfinden.

*

Die Industriellen für Annahme

Berlin, 11. April. Der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Sorge, hat dem Vertreter des Reuter-Bureaus folgende Erklärung abgegeben:

„Ich bin der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen angenommen werden müssen. Die Lasten, die den deutschen Industriellen aufgebürdet werden sollen, sind riesig schwer, aber die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden, vor allem insofern sie losgelöst sind von den militärischen und politischen Erwägungen und nur auf wirtschaftliche Basis sich stellen, und da wir kaum bessere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen."

Macdonald sagt: ideale Lösung

London, 11. April. (Eig. Drahtb.) Alle Verlautbarungen aus den der Regierung nahestehenden Kreisen lassen erkennen, daß Macdonald mit den Sachverständigenberichten sehr zufriedengestellt ist. Wie wir zuverlässig erfahren, soll er **ihren Inhalt als idealen Weg zur Lösung der Reparationsfrage betrachten** und der Auffassung sein, daß Deutschland die Vorschläge annehmen wird. Es verlautet übrigens, daß schon in aller Kürze eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Macdonald in London stattfindet.

*

Die Drosselung der Arbeiter

Verlängerung der Micum — Unerträgl. Lohnschmälerung

Bochum, 11. April. (Eig. Drahtb.) Die Gewerkschaftsvertreter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets waren am Donnerstag nachmittag erneut zur Entgegennahme von Informationen nach Düsseldorf zur Micum geladen. Ueber die Verhandlungen der Micum mit den deutschen Industriellen wurde unter anderm mitgeteilt, daß die Industriellen eine Verlängerung der Micumverträge wünschten. Indessen forderten sie Kredite zur Finanzierung der Betriebe. Der Leiter der Micum erklärte, die Kreditfrage sei eine Vertrauensfrage. Das Vertrauen würde jedoch erschüttert, wenn von deutscher Seite andauernd erklärt würde, die Micumlasten seien nicht tragbar und müßten die Betriebe zum Stillstand bringen. Die Micum sei überzeugt, daß die Verträge erträglich seien. Daher würden vom 15. April an bei Nichterfüllung der Verträge **alle nach Ansicht der Micum notwendigen Maßnahmen gegen die Industrie ergriffen werden.**

Die Vertreter der Gewerkschaften verwiesen auf die große Belastung der Arbeiterschaft durch die Micumverträge, die zu einer unmöglich noch länger erträglichen Notlage geführt haben. Die Lebenshaltung der Arbeiter sei derart geworden, daß in nicht ferner Zeit die Produktion erheblich leiden müsse. Diese Tatsache finde ihren Ausdruck unter anderm auch in dem Lohnanteil am Kohlenpreis. Während in der Vorkriegszeit der Lohnanteil 55 Prozent des Kohlenpreises ausmachte, beträgt er heute nur noch 29 Prozent. Selbst wenn man dabei die inzwischen eingetretene Teuerung unberücksichtigt lasse, müsse, um den Vorkriegslohn zu erlangen, den Bergarbeitern noch eine Lohnerhöhung von mindestens 25 Prozent zugebilligt werden. Geschehe das nicht, so seien die Folgen unabsehbar.

Kennzeichnend ist die Erklärung der Micumvertreter, die darauf erfolgte: Nach ihrer Meinung ist, im Gegensatz zu der Auffassung der Gewerkschaften das Lohnniveau der Arbeiter nicht derart, daß irgendwelche Befürchtungen begründet seien. Das Niveau der Lebenshaltung sei ausreichend und liege nicht unter jenem Stand, der zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig sei. **Die Vertreter der Gewerkschaften ließen zum Schluß darüber keinen Zweifel, daß diese Ansicht der Micum unhaltbar ist.**

*

Zustimmung der Unternehmer

Paris, 11. April. (Eig. Drahtb.) **Aus Düsseldorf verlautet hier: Die Vertreter der Ruhr-Industriellen haben in den Düsseldorfer Verhandlungen, die am Freitag nachmittag stattfanden, in die vorläufige Verlängerung der Micumverträge eingewilligt, bis zwischen dem Reich und den Alliierten eine Regelung auf der Grundlage der Vorschläge der Sachverständigen erzielt ist.**

Vor den Wahlen im Ruhrgebiet

Bochum, Anfang April 1924.

H. E. Reichlich spät ist dieser Tage die offizielle Mitteilung der französischen Okkupationsbehörde an das Regierungspräsidium in Düsseldorf gelangt, nach der die Vornahme der Reichstagswahl am 4. Mai gestattet wird. Aber auch ohne jene gnädige Erlaubnis eines welschen Gott Ares mit Knebelbart und Epaulette befand sich das Ruhrgebiet schon längst mitten im Wahlkampf. Morgen spricht hier der große Höllein von der K. P. D. und übermorgen der vielleicht noch berühmtere Herr Adam Stegerwald. Auf den Plakatsäulen künden nicht mehr Preisboxer und Europachampions, sondern Exminister, Staatssekretäre a. D., simple M. d. R., Generalsekretäre und Syndizi ihr Eintreffen an. Stoßseufzer der vielen Unpolitischen und Chor der Backfische: Hoffentlich ist das nur vorübergehend . . .

In der heroischen Phraseologie des Militarismus (Marke Siebzig und einundsiebzig) pflegt es bei einer Schlachtschilderung zu heißen, daß bei dem und dem Dorf, dem und dem Kirchhof „um jeden Zoll Bodens gerungen" worden sei. Aber hier ist das nicht Wippchen-Phrase, sondern nüchterne Wirklichkeit. Diese schwefelsäuregedüngte schwarzbläuliche Erde, diese eine gift- und gasgetauste Riesenvorstadt mit drei Dutzend andern Städte- und Dörfernamen, diese große von starrenden Schornsteinbajonetten geschützte Goliathgalere ist das Schicksal Deutschlands. Mehr vielleicht noch: das Schicksal der sozialen Revolution in Europa. Als Lenin Moskau hatte, hatte er Rußland. Wer an der Ruhr sitzt, gleich, ob als Machthaber einer Rasse oder Klasse, diktiert der weltlichen Zivilisation.

Vorkämpferin aller jener Namenlosen, die diese ungeheure Werkstatt in kaum drei Menschenaltern geschaffen, die Städte aus dem Erdboden gestampft, der Welt von hier aus die Pulse haben klopfen lassen und von denen doch, aus Ost und West, aus Italiens Sonne und Polens Lehmhütten von profitlüsternen Industrieritttern hierhin verschleppt, kein Buch, kein Heldenlied singt — Vorkämpferin dieser Namenlosen auf ihrem Weg zu Brot, Licht und Menschenwürde war jahrzehntelang die Sozialdemokratie. Sie ist es heute noch und wird es auch in Zukunft sein, gewiß! Aber man soll sich keine Illusionen darüber machen, daß die Kampfposition der Partei, schon im übrigen Deutschland schwer genug unter den obwaltenden Umständen einer seit Cuno rettungslos verfahrenen Innen- und Außenpolitik, hier noch unvergleichlich schwieriger ist. Das schauerliche Finale des passiven Widerstandes hat die schillernde Seifenblase einer sogenannten Volks- und Notgemeinschaft grausam zerplatzen lassen. Ein Jesuitenpater (wohlgemerkt ein Jünger der Societas Jesu, kein roter Hetzjournalist!) schreibt gerade jetzt in einem Essener Zentrumsblatt über das Verfahren der als deutsche Helden gefeierten und mit spottbilligen Reichsbankkrediten überfütterten Saloibarone nach dem Zusammenbruch der „passiven Front" und der in ihr erfolgten völligen physischen und moralischen Zermürbung des wirklichen Helden, des Proletariats, wörtlich: Sie, die Unternehmer, hätten Nietzsches Zarathustra zum Evangelium für den Bergbau erklärt. „Was da fällt, das sollst du auch noch stoßen" . . . Durch Tarifbrüche, Entlassungen, Maßregelungen, Diktat der Arbeitszeit! Jetzt ist das Resultat da. Der Jesuitenpater Jungblut stellt, von seinem Standpunkt der christlichen Arbeitsgemeinschaft aus, die sein Ideal ist, trocken und nüchtern fest: „Statt mit einer gesunden Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten, waren ihnen (den Unternehmern) die fanatischen Hetzer willkommen, um die zielbewußten, aber unbequemen Gewerkschaftsführer abzuschütteln."

Ein paar Zahlen aus den Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet, die dieser Tage stattfanden und ein Bild von der Stimmung der proletarischen Masse geben, so daß ungefähr mit proportionalen Wahlresultaten im Arbeiterlager auch am 4. Mai zu rechnen ist: Von 103 Schachtanlagen war das Ergebnis folgendes:

Freie Gewerkschaften	46 587	Stimmen
Christen	29 036	„
Union (Kommunisten) . . .	43 733	„

Bei den 32 Essener Zechen wählten 78,3 Prozent der Belegschaft. Das Resultat war:

Alter Bergarbeiter-Verband	9 835	Stimmen	gegen 16 294	i. J. 1921
Union	12 661	„	„ 8 221	„
Christlicher Gewerkverein	9 836	„	„ 10 225	„

3000 proletarische Stimmen sind also gegen das Jahr 1921 völlig ausgefallen. Nicht zuletzt die kommunistische Parole, daß die Betriebsräte „Sturmböcke gegen die Gewerkschaften" darzustellen hätten, hat sie einfach in die Indifferenz hinein wegeskamotiert. Auch ein Erfolg der Diktatur des Proletariats!

Im einzelnen betrachtet erzielten in Essen die Unionisten einen Zuwachs von 50 Prozent; der Bergarbeiterverband büßte nicht ganz 40 Prozent ein. Dabei ist aber zu beachten, daß die Union höchstens etwa zur Hälfte aus wirklichen K.-P.-D.-Genossen besteht; die andre Hälfte ist parteilos, syndikalistisch, anarchistisch. Da zudem die kommunistische Partei des Ruhrgebiets fast ausschließlich auf dem linkesten Flügel der Gesamtpartei steht — Ruth Fischer ist hier nicht umsonst aufgestellt —, so ist noch viel weniger Grund zu irgendwelcher Illusion über die Schwierigkeit unsres Kampfes, sowohl am 4. Mai wie darüber hinaus, gegeben. Und dabei ist Essen noch keineswegs das eigentliche Dorado der Linkesten der Linksten. Gelsenkirchen-Bochum weist Betriebsrätewahlziffern von über 50 Prozent der Gesamtheit

Die Erneuerer Deutschlands

Im Anschluß an die Rheinkonferenz der Zentrumspartei, die am 10. und 11. April in Frankfurt a. M. stattfand, charakterisierte der Reichskanzler Dr. Marx in einer Massenversammlung die völkische Gefahr also:

„Was wollen denn Deutschnationale und Deutschvölkische? Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß diese Parteien nicht einmal den Mut haben, offen und frei zu erklären, welchen Weg denn sie einzuschlagen gedenken, um Deutschland die von uns allen erstrebte Freiheit wirtschaftlicher Entwicklung wieder zu verschaffen. Man hätte erwarten können, daß die Herren Deutschnationalen, die sich nunmehr bereit erklärten, an der künftigen Regierung sich zu beteiligen, auf ihrem Parteitag in Hamburg darüber Auskunft gegeben hätten, welche Politik sie an die Stelle der von ihnen so hart getadelten Erfüllungspolitik setzen wollen. Man wird vergebens in den Reden der Führer, auch des Herrn Dr. Hergt, irgendeine Andeutung davon suchen. Die Herren Deutschvölkischen gehen sogar, so weit, zu erklären, daß sie sich überhaupt nicht an einer Regierung, die nicht rein deutschvölkisch wäre, beteiligen würden.

Es ist ein trauriges Zeichen der Zerrüttung und Zermürbung unsres Volkes, daß trotzdem so breite Kreise sich dieser geradezu unsinnigen und für Reich und Volk letzten Endes den Untergang bedeutenden Bewegung angeschlossen haben.

Der völkische Gedanke hat etwas durchaus Berechtigtes und Wertvolles, aber in der Ueberspannung, die er durch die völkische Bewegung erfahren hat, ist er nunmehr sittlich und bedeutet eine große Gefahr für das deutsche Volk. Er hat im äußerlichen Auswirken den Krieg aller gegen alle zur Folge und würde den Zerfall des Reiches und die vollständige wirtschaftliche Zerrüttung unseres Landes herbeiführen. Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß bei einer Mehrheit von deutschvölkischen und auch deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag eine friedliche Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Ententestaaten möglich wäre?

Würde denn nicht in Frankreich die radikalste chauvinistische Richtung bei den Wahlen die Oberhand gewinnen und mit einem Schein von Recht darauf bestehen, daß ein Deutschland, dessen radikale nationalistische Richtung auf diese Weise klar festgestellt sei, mit Waffengewalt niedergehalten und zerstückelt werden müsse? Alle Ententemächte würden dann geschlossen als die erbittertsten Gegner uns gegenüberstehen."

*

Vom Papst gerettet

Der dankbare Ludendorff

München, 11. April. (Eign. Drahtb.) Wie seit längerer Zeit angekündigt, veranstalteten die Münchner Katholiken am Donnerstagabend eine große Kundgebung gegen Ludendorffs antiultramontanen Propagandareden im Hitler-Prozeß. Es waren u. a. auch der Kardinal Faulhaber und die Minister Schweyer und Matt erschienen. In seiner Protestrede sagte der Reichstagsabgeordnete Rauch: „Ludendorff hat den Papst angegriffen, dem er es doch zuverdanken hat, daß er nicht als Kriegsverbrecher an die Entente ausgeliefert worden ist. Aber Dankbarkeit ist eine bescheidene Blume, die nicht auf dem Feldherrnhügel gedeiht." Rauch behandelte dann die christentumfeindlichen Ziele der völkischen Bewegung, lobte den italienischen Faschismus und den Hitler der ersten Zeit, der noch in einer einfachen Mansarde gesessen habe, während der Hitler von heute nur mehr der Tremmler sei; die Führung hätten andre in der Hand. Nach der Annahme einer Entschließung sprach der Kardinal noch einige von Bitterkeit erfüllte Schlußworte. „Wir Katholiken fordern heute, daß wir nicht nur die Gnade von Menschen bekommen, für das Vaterland zu sterben, sondern daß wir auch das Recht haben, für unser Vaterland als Ebenbürtige zu leben. Wenn, was Gott fernhalten möge, die Stunde kommt, wo man wieder Hunderttausende braucht zum Totschießen, dann wird man wieder mit den Katholiken Frieden machen."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240412/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG